



# iran-report

Nr. 03/2002

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik:

Noch eine Chance für Chatamis Strategie der Behutsamkeit? - vorsichtiger Positionswechsel der Konservativen - weiterhin keine Lösung der drängende Probleme des Landes in Sicht / Interview mit Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses - „Situation ist äußerst unbefriedigend“ - „Nationale Sicherheit hängt von Legitimation des Staates im Innern ab“ - „US-Drohungen ernst nehmen“ / Die Lage der National-Religiösen Strömung - Entspannung, leisere Töne und Freilassungen / Journalist Alavitabar über die Instrumentalisierung der Berliner Iran-Konferenz: Aus Mangel an politischem Sachverstand große Chance vertan / Hartes Urteil gegen Journalisten: 23 Monate Gefängnis und 5 Jahre Berufsverbot für Ahmad Zaidabadi / Mohadjerani als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen vorgeschlagen - Parlamentsabgeordnete und Ehefrau Kadivar: Dummheit oder Missgunst

### II. Außenpolitik

„Geschlossene Gesellschaft“ - Primat der religiösen Ideologie / Die Beziehungen zu den USA - erhöhter Druck aus Washington - Teheran signalisiert Gesprächsbereitschaft - Reformer befürchten geheime Kontakte der Rechten zu den USA / UN-Menschenrechtskommission lehnt EU-Resolution gegen Iran ab - trotz zahlreicher Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2001 / Jiang Zemin auf Staatsbesuch in Iran - Wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt - Teheran sucht Chinas Rückendeckung im Streit mit den USA - Peking geht kein Risiko ein / Der Konflikt um das Kaspische Meer - Verhandlungen geraten ins Stocken - Kein Interesse am Öl? - Teheran fürchtet verstärkte US-Präsenz in der Region - Angst vor Krieg gegen Irak

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2002 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
alvarez@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de

## I. Innenpolitik

### Noch eine Chance für Chatamis Strategie der Behutsamkeit?

Besteht für Chatamis Strategie, durch behutsames Vorgehen die Hardliner innerhalb der Konservativen zu isolieren und die Moderateren zum Einlenken zu bewegen, doch noch Aussicht auf Erfolg? Neben den zahlreichen innenpolitischen Rückschlägen der letzten Monate ließen auch die außenpolitischen Störmanöver des Revolutionsführers Chamenei erhebliche Zweifel an dieser Strategie nicht nur bei der Bevölkerung, sondern selbst bei Reformern im Regierungslager aufkommen. Inzwischen häufen sich die Stimmen, die offen vom Ende der Reformbewegung sprechen. Doch wie schon oft in den letzten Jahren zeigt sich ein Silberstreifen am politischen Horizont, der zumindest bei optimistischeren Beobachtern das Vertrauen in den Staatspräsidenten stärkt.

In der Tat deuten die Ereignisse der letzten Wochen auf eine größere Kooperationsbereitschaft seitens der Konservativen, selbst wenn diese ihre Hardliner-Politik fortsetzen. Führende, seit über einem Jahr inhaftierte Mitglieder der „Freiheitsbewegung“ und der „National-Religiösen“-Strömung wurden freigelassen. Die in den letzten Monaten stattfindenden Verhöre von Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller wurden beendet. Die angekündigten Prozesse gegen die noch erscheinenden Reform-Zeitungen fanden bislang nicht statt, ebensowenig die Prozesse gegen Parlamentsabgeordnete. Führende Konservative schlugen in ihren Stellungnahmen und öffentlichen Äußerungen einen gemäßigeren Ton an. Das gilt erstaunlicherweise auch für die extrem rechte Presse, in der sogar vereinzelt über die Notwendigkeit von Versöhnung und Konsens zu lesen war. Unklar ist, ob diese Anzeichen eines Sinnenswandels tatsächlich der Strategie Chatamis zu verdanken sind oder ob nicht vielmehr die steigende Unzufriedenheit in der Bevölkerung und der zunehmende Hass, der sich gegen die Konservativen aufgestaut hat und sich irgendwann entladen könnte, die Rechte zum Einlenken gezwungen hat. Nicht auszuschließen ist, dass vor allem die Vorwürfe aus Washington und Israel von den moderateren Kräfte unter den Konservativen nun als ernstzunehmende Ge-

fahr wahrgenommen werden. Die zentrale Frage ist nun, ob diese positiven Anzeichen einen tatsächlichen Wandel einleiten oder nicht eher -wie so oft- taktische Schachzüge darstellen, mit denen sich die Rechte neue Handlungsspielräume schaffen kann.

Dieser äußerst vorsichtige Positionswechsel bietet allerdings nicht einmal ansatzweise Lösungen für die aktuellen Probleme des Landes oder gar eine Gewissheit über die Fortsetzung der Reformen zu vermitteln. Von Monat zu Monat zeigt sich immer deutlicher, dass das Land in der gegenwärtigen politischen Kräftekonstellation unfähig ist, die akuten, innenpolitischen Probleme zu lösen. Über drei Millionen Familien sind arbeitslos. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt am Rand des Existenzminimums oder darunter. Eine ineffiziente Wirtschaft, wuchernde Korruption, der Mangel an Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten für Jugendliche, die eklatante Verletzung der Menschenrechte, mangelhafte soziale Sicherungssysteme stellen immer drückendere Probleme dar, für die der islamische Staat in seiner Gesamtheit bislang keine Lösungen zu bieten hat.

Auch außenpolitisch isoliert sich die Islamische Republik zunehmend - und zeigt sich unfähig, die paradoxerweise gerade nach dem 11. September sich anbietenden Chancen zu nutzen. Der Nahost-Konflikt und die Vorgänge in Afghanistan boten Iran als eines der wichtigsten Länder der Region vielfältige Möglichkeiten zur Einflussnahme und Verteidigung eigener Interessen. Doch blieben diese Möglichkeiten bislang ungenutzt - der Mangel an Handlungsfähigkeit treibt das Land immer weiter in die Isolation. Die Situation ist, wie der Vorsitzende des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, Mohsen Mirdamadi, am 24.04.2002 in einem viel beachteten Interview mit der Tageszeitung „Hamsahri“ gesteht, „absolut unbefriedigend“. Auf den nächsten Seiten Auszüge aus dem Interview:

**Interview der Tageszeitung Hamshahri mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, Mohsen Mirdamadi vom 24.04.2002**

„Frage: Herrscht in Fragen der nationalen Sicherheit Konsens unter den politischen Gruppen, die an der Macht beteiligt sind?“

Antwort: Es gibt kaum eine Frage, über die sich alle Gruppen einig sind. Es ist zwar möglich, dass über Fragen der nationalen Sicherheit, die Rolle der Wirtschaft, die Notwendigkeit der Legitimation des Staates, über nationale Einheit oder die internationale Stärke unseres Landes theoretisch Übereinstimmung besteht, aber über die Realisierung dieser Ziele und über die Wege, die zum Beispiel zur Stärkung unserer Rolle im Ausland oder zu einer größeren Legitimation unseres Staates im Inland führen könnten, gibt es so gut wie keinen Konsens.

Frage: Welche Fragen halten Sie in Bezug auf die nationale Sicherheit für die wichtigsten?

Antwort: Das wichtigste ist die Legitimation des Staates im Inland. Je stärker die Legitimation, desto eher sind wir in der Lage, Drohungen von Außen abzuwenden, ja sogar diese zu unseren Gunsten zu nutzen. Zum Beispiel hatten bis 1997 (Wahl Chatamis) unsere inneren Auseinandersetzungen dazu geführt, dass unsere Beziehungen zu den europäischen Staaten auf die Staatssekretärsebene reduziert wurden. Hingegen äußerten nach 1997 viele europäische Staatsoberhäupter den Wunsch, Iran zu besuchen oder luden Staatspräsident Chatami zu einem Besuch in ihrem Land ein. Oder nehmen Sie das Problem, das wir bezüglich der Inseln im Persischen Golf mit den Emiraten haben. Jedes Mal, wenn wir im Innern Probleme haben, werden die Forderungen der Gegenseite höher geschraubt.

Frage: Welche Faktoren stärken die Legitimation des Staates? Kann man zum Beispiel die hohe Wahlbeteiligung als Indiz für die Akzeptanz des Staates bezeichnen. Und war nicht der Mai 97 ein vorübergehendes, einmaliges Ereignis?

Antwort: Der Mai 97 hätte auch ein bleibendes Phänomen sein können. Die Missachtung der Forderungen der Menschen in unserem Land in den Jahren davor hatte zu diesem Ereignis geführt. Hätten wir das Ereignis genauer analysiert und es als positiv und als Chance betrachtet, wären die positiven Nachwirkungen, sowohl im Inland als auch im Ausland weit größer gewesen. Wir haben mit unserer Revolution der internationalen Ordnung einen Schock versetzt. Aber aus verschiedenen Gründen, vor allem wegen des uns aufgezwungenen Krieges, konnten wir nicht genug Vorteile daraus ziehen. Der Mai 97 bot uns eine neue Chance, die wir kaum in Anspruch genommen haben.

Frage: Welche Voraussetzungen wären dafür notwendig gewesen und warum konnten diese nicht realisiert werden?

Antwort: Alle Instanzen des Staates hätten das Ereignis als eine Chance und nicht als Bedrohung wahrnehmen müssen. Doch es gab eine Gruppe, die sich durch das Geschehen bedroht fühlte und sich entschloss, dagegen vorzugehen. Das Ansehen, das Staatspräsident Chatami als politische Persönlichkeit international genoss, war in der jüngsten Geschichte unseres Landes einmalig. Er wurde sowohl von den Menschen als auch von den Regierungen hoch geachtet. Mit dieser Position hätten wir eine ganze Reihe unserer außenpolitischen Probleme, auch die mit Europa lösen können. Doch einige Gruppen im Land sahen sich durch Chatami bedroht und versuchten gegen ihn vorzugehen. Wir haben also unsere Chance nicht aufgrund außenpolitischer Probleme, sondern aufgrund innerer Auseinandersetzungen verpasst. Deutlicher gesagt: Einige Leute haben unsere nationalen Interessen ihren irrigen Vorstellungen geopfert.

Frage: Es ist oft gesagt worden und auch Sie haben es erwähnt, dass der Mai 97 zu einer großen Erneuerung geführt hat. Also noch einmal, kann man die gelegentlich starke Beteiligung an Wahlen als Zeichen der Legitimation des Staates betrachten?

Antwort: Man kann die hohe Wahlbeteiligung für einen bestimmten Zeitpunkt als Ausdruck der Akzeptanz betrachten. Doch um diese Akzeptanz fortsetzen zu können, müssen bestimmte Institutionen geschaffen bzw. gestärkt werden. Die

Zeit nach dem Mai 97 zeigt, wie solche Institutionen, wie zum Beispiel die Presse, sich rasch gebildet und entwickelt haben. Die Zahl der Zeitungen und noch wichtiger, die Zahl der Leser hat erheblich zugenommen. Aber nach den Schlägen gegen die Presse hat sich die Zahl der Zeitungen und noch mehr die der Leser stark reduziert. Das heißt die Schläge haben nicht nur der Presse Schaden zugefügt, sie haben noch mehr die Erwartungen des Volkes enttäuscht. Man wird lange Zeit brauchen, um diese Schäden wieder gut zu machen. Neben der Presse haben sich Parteien, Räte und verschiedene Institutionen, die die Fortsetzung der Legitimation des Staates garantieren könnten, gebildet. Aber wir hätten aus dem Ereignis vom Mai 97 viel größere Gewinne erzielen können, wenn die Attacken gegen die Reformbewegung nicht stattgefunden hätten.

Frage: Für ein funktionierendes System gibt es bestimmte Definitionen. Kann man die Islamische Republik als ein funktionsfähiges System bezeichnen?

Antwort: Die Funktionsfähigkeit unseres Staates ist höchst unbefriedigend. Die inneren Auseinandersetzungen zeugen davon.

Frage: Welche Auseinandersetzungen?

Antwort: Es gibt Auseinandersetzungen zwischen Parteien, was natürlich und üblich ist. Diese schaffen keine großen Probleme. Doch in unserem Land gibt es Auseinandersetzungen zwischen den Institutionen des Staates. In keinem Land gibt es einen Kampf zwischen den drei staatlichen Gewalten. Bei uns gibt es nicht nur eine Konkurrenz zwischen den politischen Parteien oder in der Presse, es gibt einen Kampf zwischen den staatlichen Gewalten. Einen solchen Staat kann man nicht als funktionsfähig bezeichnen. Die Gewalten haben nicht einmal eine einheitliche Vorstellung von der Staatsführung oder von nationalen Interessen. Allerdings glaube ich, dass dieser Zustand zum Teil auf Unzulänglichkeiten unseres politischen Systems zurück zu führen ist.

Frage: Zieht man die Situation, in der wir leben und Ihre Beschreibung der Lage in Betracht, dann bleibt die Frage, ob Ihrer Meinung nach unsere Ge-

sellschaft auf mehr Stabilität oder Funktionsunfähigkeit hinsteuert?

Antwort: Schweigen

Frage: Müssen Sie als politischer Akteur nicht optimistisch sein?

Antwort: Ja, wir müssen die Lage immer noch optimistisch betrachten. Wenn wir die heutige Situation mit der von vor zehn Jahren vergleichen, kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass sich unsere Gesellschaft positiv entwickelt hat. Wenn wir aber sehen, welche Chancen wir verpasst haben oder wie ein Teil unseres Volkes aufgrund der inneren Auseinandersetzungen die Hoffnungen aufgegeben hat, dann fallen uns die negativen Aspekte auf.

Frage: Zurzeit können wir im Parlament erstaunliche Reaktionen auf die Verhandlungen beobachten, die die Regierung bezüglich des Kaspischen Meeres führt. Es wird zum Beispiel gesagt, wenn wir auf einem Anteil von fünfzig Prozent beharren, wird man uns einen Anteil von zwanzig Prozent zugestehen. Als handle es sich um einen Basar, auf dem man um die Preise feilschen kann. Wie sehen die Realitäten bezüglich des Kaspischen Meeres aus?

Antwort: Früher wurde das Kaspische Meer aufgrund von zwei Abkommen zwischen Iran und der Sowjetunion gemeinsam verwaltet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion bekam Iran vier Nachbarstaaten. Und da das Kaspische Meer ein Binnenmeer ist, muss der Rechtsstatus zwischen allen Anrainerstaaten vereinbart werden. Wenn man die jeweilige Küstenlinie in Betracht ziehen würde, bekämen wir einen Anteil von zwölf Prozent. Doch der Anteil der Anrainerstaaten muss sich nicht unbedingt nach der Größe der Küstenlinie richten. Wir forderten von Anfang an eine gemeinsame Verwaltung des Kaspischen Meeres. Doch natürlich waren die anderen Staaten mit diesem Vorschlag nicht einverstanden.

Frage: Wegen des Erdöls?

Antwort: Ja. Hätten auch wir größere Ölvorkommen an unseren Küsten, wären wir mit einer gemeinsamen Nutzung nicht zufrieden. Also müssen wir um Anteile verhandeln...

Frage: Anscheinend war Russland zunächst mit einem Anteil von zwanzig Prozent für den Iran einverstanden. Inzwischen ist es aber dagegen.

Antwort: Ja, Russland hat seine Meinung geändert. Früher stand es unserer Position näher. Es gibt zwischen uns und Russland in einem Punkt grundsätzlich Übereinstimmung. Wir sind gegen jede Einmischung eines fremden Staates.

Frage: Wie weit ist diese Forderung realisierbar?

Antwort: Die Forderung ist durchaus durchsetzbar. Es kann sein, dass einige Anrainerstaaten es begrüßen, wenn die USA Zugang zum Kaspischen Meer finden. Aber Iran und Russland sind als regionale und internationale Großmächte gegen die amerikanische Einflussnahme. Dieser Umstand schafft eine Annäherung zwischen uns und Russland. Doch Russland hat sich aufgrund bilateraler Abkommen mit anderen Anrainerstaaten allmählich von unserem Standpunkt entfernt.

Frage: Glauben Sie nicht, dass das Problem in erster Linie nicht juristisch, sondern politisch ist und daher eine politische Lösung verlangt? Sind denn nicht große amerikanische und westliche Unternehmen bereits am Kaspischen Meer präsent? Der Einzug der USA muss ja nicht unbedingt durch Kriegsschiffe erfolgen.

Antwort: Ich behaupte nicht, dass das Problem nicht politisch ist. Manche Anrainerstaaten begrüßen aufgrund ihrer Beziehung zu den USA und der Präsenz großer Unternehmen am Kaspischen Meer die Einmischung der Vereinigten Staaten, um ihre Interessen besser durchsetzen und wahrnehmen zu können. Wenn wir nun durch unser Verhalten international geschwächt werden, werden wir selbstverständlich zunehmend in die Isolation getrieben.

Frage: Manche meinen, wenn es die Drohungen der USA gegen die Islamische Republik nicht gegeben hätte und der Besuch Außenministers Charrazis bei Putin im März dieses Jahres nicht abgesagt worden wäre, hätten die jüngsten Verhandlungen mit Moskau zu besseren Ergebnissen geführt. Hier wird der Einfluß der USA deutlich.

Natürlich. Ich bestreite das nicht. Wenn wir uns, wie jetzt, mit den USA im Streit befinden, werden andere Staaten diesen Umstand in ihren Beziehungen zu uns berücksichtigen. Sie werden sogar ihre Forderungen an uns erhöhen, wenn sie merken, dass wir uns in einer schwachen Position befinden. Genau deshalb müssen wir so handeln, dass unsere Position international gestärkt wird.

Frage: Können Sie einen Staat nennen, mit dem die Islamische Republik strategisch verbunden ist? Mit anderen Worten, können Sie Staaten nennen, die strategisch betrachtet, als unsere Verbündete gelten?

Antwort: Ich weiß nicht, was Sie mit „Verbündete“ meinen. Doch im Augenblick gibt es keinen Staat, mit dem wir strategisch verbunden wären.

Frage: Warum?

Antwort: Aufgrund der besonderen internationalen Lage sowie aufgrund unserer eigenen Situation. Wir haben mit zahlreichen Staaten gemeinsame Interessen, die wir durch eine vernünftige Politik weiter ausbauen könnten. Zum Beispiel haben wir mit vielen europäischen Staaten gemeinsame Interessen, die wir ausbauen könnten, ebenso mit Saudi Arabien. Früher hatten wir unsere Beziehung zu Saudi Arabien abgebrochen. Heute sind diese Beziehungen sehr eng, man kann sogar sagen, dass das Vertrauen zwischen unseren Ländern noch stärker ist als in der Zeit vor der Revolution. Das bedeutet, dass wir durchaus in der Lage sind, unsere Beziehungen zu anderen Staaten auszubauen. Doch es gibt zwischen uns selbst gewisse Unstimmigkeiten, die uns daran hindern, strategische Gemeinsamkeiten herzustellen. Auf der anderen Seite gibt es gelegentlich Möglichkeiten zu einer engen Zusammenarbeit mit manchen Staaten, die aber politisch keine strategische Gemeinsamkeit mit uns anstreben.

Frage: Können Sie einige dieser Staaten nennen?

Antwort: Es gibt zum Beispiel zahlreiche Aspekte unserer Außenpolitik, die mit der Außenpolitik Chinas oder Indiens übereinstimmen. Aber in der Außenpolitik Chinas gibt es nichts, was man

als eine strategische Einheit mit einem anderen Staat bezeichnen könnte.

Frage: Einige sind der Meinung, man könnte gemeinsam mit Europa die Attacken aus den USA abwenden oder ihnen entgegenwirken. Andere vertreten hingegen die Ansicht, dass die Substanz des Westens auf Liberalismus und deren Folgen, das heißt auf Zivilgesellschaft und freier Marktwirtschaft basiert. Somit werde jeder Widerstand gegen diese Substanz als Angriff gegen die Interessen des Westens verstanden. Was könnte man also durch Gemeinsamkeiten mit Europa gegen die USA bewirken? Bildet Europa nicht einen blassen Schatten Amerikas und gehen die Auseinandersetzungen zwischen ihnen nicht bloß um ihre Anteile am Gewinn und vielleicht auch um die Art der Durchsetzung von Interessen, keineswegs aber um grundsätzliche Fragen?

Antwort: Es trifft zu, dass die staatlichen Grundlagen Europas und Amerikas dieselben sind. Aber heute stellen die USA als eine größere Macht international höhere Ansprüche und beschreiten Wege, die sich mit den Interessen Europas nicht decken. Daher protestiert Europa in bestimmten Fällen gegen die USA oder schweigt, wenn es sich keinen Protest erlauben kann. Die USA verfolgen zum Teil nur eigene Interessen, die mit denen Europas nicht übereinstimmen oder ihnen gar entgegen gesetzt sind...

Nehmen Sie den Persischen Golf. Hier haben die Europäer im Bezug auf den Irak und Iran eine andere Position als die USA. Wie weit sie nun hier ihre eigene Politik verfolgen können, ist fraglich. Auch im Bezug auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina, würden die Europäer, wenn sie die Hauptrolle auf der politischen Bühne übernehmen könnten, einen anderen Friedensplan vorlegen und gegenüber Israel und den arabischen Staaten eine andere Politik verfolgen als die, die die Amerikaner heute anstreben...

Frage: Nehmen Sie die Drohungen der USA gegen Iran ernst? Wie weit könnte die Islamische Republik durch eigenes Handeln diese Drohungen neutralisieren?

Antwort: Man muss die Drohungen, sogar bevor man sie analysiert, ernst nehmen. Denn selbst wenn die Möglichkeit eines amerikanischen Angriffs sehr mi-

nimal wäre, muss man ihn in Betracht ziehen und versuchen, die Gefahr abzuwenden. Wenn wir vernünftig vorgehen, werden wir die Gefahren sicherlich neutralisieren."

### **Die Lage der National-Religiösen Strömung**

Wie bereits erwähnt, wurden nach ihrer spektakulären Massenverhaftung vor etwa einem Jahr fast sämtliche führende Politiker der National-Religiösen Strömung und der „Freiheitsbewegung“ gegen Kaution aus der Haft entlassen. Nun kehrte Mitte April auch der Vorsitzende der „Freiheitsbewegung“, Ebrahim Yazdi, der sich wegen einer Krebskrankheit in den USA aufhielt, trotz eines Haftbefehls und eines Auslieferungsantrags nach Iran zurück. Wider Erwarten wurde Yazdi bislang nicht festgenommen. Auch die konservative Presse, die ihn und seine Weggefährten bisher scharf attackierte, äußerte sich mehr oder weniger versöhnlich über ihn. Yazdi selbst forderte zwar nach wie vor für seine Gruppe das Recht auf freie Meinungsäußerung, sprach aber ebenfalls von der Notwendigkeit, zwischen allen gesellschaftlichen und politischen Gruppen Konsens und Akzeptanz herzustellen. Alles deutet darauf hin, dass die Konservativen zurzeit die Akten der „National-Religiösen“ und der „Freiheitsbewegung“ zumindest vorläufig beiseite gelegt haben.

### **Der Journalist Alireza Alavitabar über die Berliner Iran-Konferenz**

Der Journalist Alireza Alavitabar, Teilnehmer an der Berliner Iran-Konferenz und einer der führenden Köpfe der Reformbewegung schrieb aus Anlass des zweiten Jahrestags der Berliner Iran-Konferenz einen Beitrag für die Tageszeitung „Bonjan“, den wir hier veröffentlichen.

„Das System politischer Entscheidungen in Iran ist so gestaltet, dass seine wichtigsten Handlungen darin bestehen, die besten Gelegenheiten zu verpassen und die schlechtesten Ergebnisse zu erzielen. Ein herausragendes Beispiel ist die Reaktion auf die Berliner Iran-Konferenz. Die Berliner Konferenz gehörte zu den günstigsten Gelegenheiten, die durch Dummheit, Minderwertig-

keitskomplexe, Abrechnungen, Mangel am politischen Sachverstand derer, die die größte Neutralität praktizieren müssten, in den Wind geschlagen wurde. Sie werden sicherlich fragen, was man mit der Berliner Konferenz hätte erzielen können und was man diesbezüglich verpasst hat. Ich zähle einige Punkte auf:

1. Die Konferenz hätte bezeugen können, dass in Iran ein Pluralismus der Meinungen geduldet wird und auch Kritiker des Staates die Möglichkeit haben, öffentlich ihre Meinung zu äußern. Es trifft zwar zu, dass die gesellschaftlichen Kräfte politisch nicht gleichgewichtig sind, nicht dieselbe gesellschaftliche Unterstützung genießen und nicht über dieselben Möglichkeiten zu politischer Aktivität verfügen. Doch ein natürlicher Auftritt dieser Gruppen hätte der Propaganda, die seit Jahren gegen Iran geführt und im Westen akzeptiert wird, entgegen wirken können.
2. Durch das aggressive Verhalten eines Teils der islamischen Republik sind die Aggressivitäten eines Teils der Opposition während der ersten Revolutionsjahre in Vergessenheit geraten. Alle glaubten, für die aggressive Atmosphäre sei damals nur die herrschende Macht schuld gewesen und sämtliche Teile der Opposition, die friedlich einen Dialog gefordert hatten, seien durch aggressive Revolutionäre ausgeschaltet worden. Der Angriff einer Abteilung der Roten Khmer (einer Gruppe, die ideologisch und auch in ihrem Verhalten der Roten Khmer ähnlich ist) gegen die Konferenz demonstrierte noch einmal die Tatsache, dass man die Aggressivität nicht allein auf Seiten der Staatsmacht suchen sollte.
3. Die Beziehung zwischen den Iranern im Ausland und ihrer Landsleute im Inland blieb lange Zeit hindurch auf familiäre Bindungen begrenzt. Viele Iraner im Ausland hatten eine Vorstellung von ihrer Heimat, die ihnen die offiziellen Medien (die sich zu meist in der Hand der extremen Rechten befanden) suggerierten. Dadurch hatten die aktiven Iraner im Ausland die Hoffnung, mit aktiven Iranern im Inland zusammen arbeiten zu können, aufgegeben. Auf der andern Seite hatten auch die aktiven Iraner im Inland keine genauen Kenntnisse über die Ansichten, Fragen und Sensibilitäten der Iraner im Ausland. Ein direktes Gespräch hätte viele Missverständnisse, die auf Unkenntnis beruhten, beseitigen und die Möglichkeit schaffen können, dass die Probleme unseres Landes gemeinsam analysiert und gelöst würden. Außerdem, so lange die Möglichkeit einer ehrenhaften Rückkehr aller Iraner nicht besteht, gäbe es einen Weg, durch Schaffung der Möglichkeiten für einen kontinuierlichen Dialog, die Iraner im Ausland an den Entscheidungen unseres Landes zu beteiligen (was ihr unbestreitbares Recht ist).
4. Die Berliner Konferenz hätte als Beispiel für die Realisierung unserer Forderung nach einem Dialog der Kulturen dienen können. Für uns, die einen Dialog der Kulturen fordern, aber aus innerpolitischen Gründen an dem Dialog zwischen den Regierungen nicht teilnehmen können, bot die Berliner Konferenz die Möglichkeit eines Dialogs zwischen zivilen Institutionen in Iran und Deutschland. Diese potentielle Errungenschaft wurde durch Denunzierung der Konferenzteilnehmer in den staatlichen Medien, die eigentlich dem Volk gehören und danach durch ihre Verhaftung und gerichtliche Verfolgung wurde vom Wind verweht. Wir brauchen uns nicht zu wundern, denn Gelegenheiten zu verpassen, gehört zu unseren Spezialitäten.

**Erklärung des Berufsverbands Iranischer Journalisten aus Anlass des zweiten Jahrestags des Presseverbots**

Der Berufsverband Iranischer Journalisten protestierte in einer öffentlichen Erklärung vom 25. April 02 gegen das bereits seit zwei Jahren bestehende Verbot der freien Presse. Die Verbote seien unter Missachtung gültiger Gesetze erfolgt. Innerhalb kurzer Zeit habe die Justiz zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften verboten, ihre Redakteure und Journalisten gerichtlich verfolgt und willkürlich verhaftet. Dadurch seien nicht nur die Rechte und Freiheiten der Presse, sondern auch die gesetzlichen Rechte der Journalisten auf Sicherheit stark beeinträchtigt worden.

Die Missachtung der Gesetze setze sich seit zwei Jahren fort. Inzwischen hätten zahlreiche Journalisten die Möglichkeit verloren, ihren Beruf auszuüben. Das Vorgehen der Justiz, die zur Wahrung von Recht und Gesetz verpflichtet sei, lasse sich weder mit den Pressegesetzen noch mit den in der Verfassung verankerten Grundsätzen vereinbaren.

**23 Monate Gefängnis und 5 Jahre Berufsverbot für Zaidabadi**

Der prominente Journalist Ahmad Zaidabadi wurde am 28. April 2002 zu 23 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Berufsverbot verurteilt. Beschuldigt wurde er der Propaganda gegen die islamische Staatsordnung, der Aufhetzung von Menschen gegen den Staat, der Bedrohung der nationalen Sicherheit, der provokativen Rede vor Studentenversammlungen, der Beleidigung eines Gefängnisdirektors während seiner Haft und der Verbreitung von Unwahrheiten zur Anstiftung von Aufbruch.

Das harte Urteil und insbesondere das langjährige Berufsverbot ist ungewöhnlich. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ protestierte in einem offenen Brief an den iranischen Justizchef Shahrudi gegen das Urteil und forderte seine unverzügliche Aufhebung. Zaidabadi selbst erklärte in einem Interview mit der BBC, er werde gegen das Urteil Widerspruch einlegen, er vermutete jedoch, dass auch das Berufungsgericht das Urteil bestätigen werde.

**Mohadjerani als Kandidat für den Posten des Staatspräsidenten vorgeschlagen**

Die Partei „Mosharekat“, die zu den wichtigsten Organisationen der Reformbewegung gehört, schlug Assadollah Mohadjerani als Kandidaten für die nächste Wahl des Staatspräsidenten vor. Der Vorschlag sorgte für Aufsehen, zumal die Wahlen erst in drei Jahren stattfinden werden. Mohadjerani war Jahre lang als Kultusminister unter Chatami tätig. Zurzeit ist er Beauftragter des Präsidenten für den Dialog der Kulturen. Mohadjeranis Frau, Parlamentsabgeordnete und frühere Beraterin des Staatspräsidenten Djamileh Kadivar äußerte ihr Missfallen über die Nominierung. Drei Jahre vor einer Wahl einen Kandidaten aufzustellen, erfolge entweder aus Dummheit oder aus Missgunst.



## II. Außenpolitik

### „Geschlossene Gesellschaft“

Fast zwei Jahrzehnte lang beschäftigte sich Iran als „geschlossene Gesellschaft“ vor allem mit sich selbst. So hatte auch der achtjährige Krieg gegen den Nachbarn Irak eher eine innen- als außenpolitische „Funktion“. Alle Aktivitäten der herrschenden Macht waren auf ein Ziel gerichtet: die totale Islamisierung der Gesellschaft. Wirtschaft, Kultur, Erziehung, soziale Fürsorge, Bildung und Ausbildung und nicht zuletzt die Außenpolitik waren dieser ideologischen Zielsetzung untergeordnet. Daher wurde jede Art von Pragmatismus oder „Realpolitik“ mit dem Hinweis auf das „höher“ gerichtete Ziel abgelehnt und die zunehmende Isolation bewusst in Kauf genommen. Die diplomatischen Beziehungen zu Saudi Arabien und Ägypten wurden abgebrochen, die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger 1979 führte zu einer bis heute andauernden Feindschaft zu den USA. Eine Jahre lang andauernde Kampagne gegen den Westen reduzierte die Beziehungen zu den Staaten Westeuropas auf ein Minimum. Die in Auftrag gegebenen Terroranschläge im Ausland und der Mordaufruf gegen den indisch-britischen Schriftsteller Salam Rushdi brachten diese Beziehungen sogar zeitweilig zum völligen Stillstand. Die „geschlossene Gesellschaft“ fühlte sich von Feinden umgeben: zu fast jedem Freitagsgebet präsentierten die Prediger den Gläubigen Verschwörungspläne ausländische Mächte und inländischer Kollaborateure gegen den Gottesstaat. Die Überwindung dieser hausgemachten Isolation ist daher nicht nur politisch, sondern auch psychologisch schwer zu vollziehen. Jeder Versuch in diese Richtung richtet sich zwangsläufig gegen die Dominanz der Ideologie und damit gegen die Substanz des Gottesstaates. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Wende in der iranischen Außenpolitik, die bereits in der Ära Rafsandjanis eingeleitet und seit der Wahl Chatamis verstärkt fortgesetzt wird, zu einer grundsätzlichen, ideologisch-politischen Auseinandersetzung über den islamischen Staat geführt hat. Das Problem wird noch deutlicher, wenn man in Betracht zieht, dass auf der einen Seite die herrschende Macht ihre Legitimation gerade aus der Ideologie bezieht, während auf der anderen Seite die Bevöl-

kerung pragmatische und konkrete Schritte zur Besserung der Lebensverhältnisse fordert und sich längst nicht mehr mit revolutionären Parolen zufrieden gibt. Genau hier liegt der Ausgangspunkt der Reformbewegung, die auch zu einer Frontbildung innerhalb der herrschenden Macht geführt hat. Die Debatten, die in den vergangenen Wochen über die Beziehungen zu den USA, über den Nahost-Konflikt, das Kaspische Meer oder über Afghanistan geführt werden, sind nicht zuletzt ein Ausdruck dieser tiefer gehenden grundsätzlichen Auseinandersetzung.

### Die Beziehungen zu den USA

In den letzten Wochen erhöhten die USA den Druck auf Iran. Der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld beschuldigte neben Syrien und Irak auch die islamische Republik der Unterstützung palästinensischer Selbstmordkommandos. Zudem habe Iran die Autonomieregierung mit Waffen versorgt. Die Los Angeles Times veröffentlichte ein Strategiepapier, in dem Iran als einer der Staaten genannt wurde, gegen die unter gewissen Umständen ein Nuklearkrieg geführt werden könnte. In Iran werden die Drohungen aus den USA ernst genommen. Die Frage ist nur, wie man auf die Angriffe reagieren soll. Die Konservativen sind sich offensichtlich nicht einig. Während die Hardliner schon nach den ersten Attacken Präsident Bushs, der Iran, Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichnet hatte, zum verbalen Gegenangriff ausholten und antiamerikanische Demonstrationen organisierten, schlugen andere moderatere Töne an. Die Reformer hingegen bemühten sich, die Bedrohung auf diplomatischem Weg abzuwenden. Ihnen kam die Einladung des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im amerikanischen Senat, Joseph Biden vom 14. März entgegen. Biden hatte ein Treffen der Parlamentarier zwischen Iran und USA vorgeschlagen und damit eine Debatte im Iran ausgelöst, die bis heute fort dauert. Zunächst begrüßten die Mehrheit im Parlament und die Regierung den Vorschlag, dann kam das Nein des Revolutionsführers, der jede Verhandlung mit den Amerikanern als Zeichen der Schwäche und als Verrat bezeichnete. Doch diese eindeutige Position des Revolutionsführers wurde keineswegs als das Ende der Debatte aufgefasst. Im Gegenteil, selbst pro-

filierte Vertreter der Konservativen weichten von der Position des Revolutionsführers ab und öffneten doch noch einen Spalt für eventuelle Verhandlungen.

Am weitesten wagte sich Ex-Staatspräsident Rafsadjani nach vor. Er ließ durch einen Parlamentsabgeordneten verkünden: „Gegen gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Beziehung zu den USA ist nichts einzuwenden. Doch politische Verhandlungen sind nur dann möglich, wenn die Bedingungen Irans berücksichtigt werden.“ Und er fügte hinzu, Regierungsvertreter dürften keine Verhandlungen führen, aber Verhandlungen zwischen Parlamentariern und regierungsunabhängigen Institutionen seien, wenn sie auf der Basis der Unabhängigkeit Irans geführt werden und sich amerikanischen Zwängen nicht beugen, unproblematisch. Die Worte Rafsadjanis ermunterten die Reformer zu weiteren Schritten nach vorn. Mohammad Naimipur, Fraktionsvorsitzender der Partei „Mosharekat“ erklärte auf einer Pressekonferenz am 18. April: „Wir haben mit Amerika ‚chronische Probleme‘, die nicht leicht zu lösen sind. Wir müssen aus der Perspektive unserer Interessen zurückblicken auf die Schäden, die uns die USA vor und nach der Revolution zugefügt haben. Doch grundsätzlich sind Verhandlungen, die nicht auf der Regierungsebene, sondern auf kultureller und geistiger Ebene stattfinden, unseren Interessen nicht entgegengesetzt. Wir müssen endlich die Tabus brechen.“ Auch der Parlamentsabgeordnete Jadollah Salamatı forderte eine offene und angstfreie Diskussion über die Beziehungen zu den USA. Man könne nicht jeden, der Verhandlungen mit den USA befürwortet, als Handlanger Amerikas bezeichnen.

Einige Tage lang sorgte ein Gerücht für Unruhe. Die Rechte habe bereits eine Delegation zu Verhandlungen mit den USA beauftragt, wurde gemunkelt. Der Abgeordnete Hossein Loghmanian machte es öffentlich. Er sagte: „Eine Gruppe möchte die Beziehung zu den USA für sich monopolisieren. Solche Versuche werden uns dahin bringen, wo wir in unserer Beziehung zu den USA statt frei wählen zu können, Zwängen ausgesetzt werden.“

Die Befürchtung ist nicht ganz unbegründet. Es ist bekannt, dass die

Rechte, selbst zur Zeit der Geiselnahme und auch während des Golfkriegs die geheimen Drähte zu den USA nie ganz abbrechen ließ. Die Reformer wollen nun unter allen Umständen verhindern, dass die Konservativen ihnen die Initiative aus der Hand nehmen. Staatspräsident Chatami nahm bei einem Treffen mit den Anrainerstaaten am Kaspischen Meer auch zu den iranisch-amerikanischen Beziehungen Stellung. Bei einer Pressekonferenz am 24. April sagte er: „Die gegenwärtige Position der Vereinigten Staaten könnte nicht nur für den Iran, sondern noch mehr für die USA selbst zum Problem werden. Die amerikanische Politik hat überall in Europa, Asien und Afrika Proteste hervorgerufen. Auch in den USA wird die Sprache der Gewalt abgelehnt. Amerika muss sich den drohenden und erniedrigenden Ton abgewöhnen. Solange diese Gebärden bestehen, wird kein selbständiges und stolzes Land zu Verhandlungen bereit sein. Wenn die USA den Ton ändern und wir einen guten Willen aus Washington spüren, wird eine Besserung der Beziehung unserer Staaten durchaus möglich sein. Wir haben nicht gesagt, dass wir niemals mit den USA verhandeln werden.“

#### **Die UN-Menschenrechtskommission lehnt die Resolution gegen Iran ab**

Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren lehnte die UN-Menschenrechtskommission ab, Iran wegen Verstößen gegen bürgerliche Grundrechte zu verurteilen. Die Iran-Resolution, die die Europäische Union eingebracht hatte, wurde mit 20 gegen 19 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Zu den Staaten, die die Resolution ablehnten gehörten Staaten wie China, Algerien, Sudan, Libyen, Kuba, Syrien und Pakistan. Offenbar hatte das iranische Außenministerium und auch die iranische Delegation in Genf durch lange Verhandlungen mit einzelnen Staaten die Mehrheit für eine Ablehnung gewinnen können. Die Resolution richtete sich gegen Folterungen in den Gefängnissen, gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Verhängung inhumaner Strafen. Die Ablehnung widerspricht den Realitäten des Landes, vor allem wenn man bedenkt, dass die Resolution das Jahr 2001 betraf, ein Jahr, in dem die Willkür der iranischen Justiz ihren Gipfel erreichte, in dem zahlreiche Journalisten, Intellektuelle und

Geistliche aufgrund ihrer kritischen Haltung in Haft saßen und nachweislich gefoltert wurden, indem die Zahl der Hinrichtungen, Auspeitschungen und Steinigungen sich erheblich gesteigert hatte.

### **Jiang Zemin in Teheran**

In Begleitung einer 180-köpfigen Delegation stattete Chinas Staatspräsident Jiang Zemin Teheran einen Staatsbesuch ab. Iran war nach Deutschland, Nigeria, Libyen und Tunesien die letzte Station einer zweiwöchigen Reise Zemin's. Teheran erhoffte sich durch diesen Besuch Rückendeckung bei seinem Widerstand gegen die Drohungen aus den USA. Themen, zu denen man übereinstimmende Positionen verkünden konnte, gab es genug - im Mittelpunkt stand jedoch zweifelsohne die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien. Beide Staaten fordern nach wie vor, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus von den Vereinten Nationen geführt werden sollte. Iran forderte China auf, sich im UNO-Sicherheitsrat für eine rasche Lösung des Nahost-Konflikts und das Ende der israelischen Aggression gegen Palästina einzusetzen. Staatspräsident Chatami erklärte, Iran sei gegen Massenvernichtungswaffen, beanspruche aber für sich das Recht, die Errungenschaften der modernen Technologie für seine nationale Verteidigung zu nutzen.

Beide Staaten bekundeten großes Interesse an einem weiteren Ausbau ihrer bilateralen Beziehungen. Das Handelsvolumen zwischen Iran und China belief sich im letzten Jahr auf rund 3,5 Milliarden Euro. China bezieht aus dem Iran Erdöl und liefert industrielle Technologien. Chinesische Unternehmen sind am Bau von Autobahnen, Staudämmen, Flughäfen und der Teheraner U-Bahn beteiligt. Während des Besuchs des chinesischen Staatspräsidenten wurden sechs Abkommen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Öl, Gas, Petrochemie, Telekommunikation, Seefahrt und Kultur unterzeichnet. Dennoch wurden die Erwartungen Irans enttäuscht: Präsident Jiang Zemin betonte zwar das große Interesse seines Landes an engen Beziehungen zum Iran, vermied jedoch eine frontale Position gegen die USA. Der Besuch zeigte die Grenzen der Freundschaft Chinas zum Iran auf. Er machte deutlich: wenn es darauf ankä-

me, würde sich Peking eher für Washington entscheiden als für Teheran.

### **Der Konflikt um das Kaspische Meer**

Iran und die Sowjetunion hatten in den Verträgen von 1921 und 1940 beschlossen, das Kaspische Meer als Binnenmeer zu behandeln und es gemeinsam zu nutzen. Das Problem, über das nun seit etwa vier Jahren verhandelt wird, begann mit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 auf. Statt bisher zwei gab es nun fünf Staaten - neben Iran und Russland die drei weiteren Anrainerstaaten Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan-, die Ansprüche auf das Meer geltend machten. Die Ansprüche wurden umso heftiger verteidigt, als sich Vermutungen über umfangreiche Ölvorkommen bestätigten. Schätzungen sprechen von 90 bis 200 Milliarden Fass. Die meisten Quellen befinden sich im nördlichen Teil des Meeres, vor allem vor den Küsten Aserbaidschans und Kasachstans. Demzufolge machen gerade diese beiden Staaten ihre Ansprüche am lautesten geltend. Sie fordern, dass das Gewässer den Status eines Meeres erhält und damit in Territorialzonen entsprechend der Länge der jeweiligen Küstenlinie aufgeteilt wird.

Iran bestand jahrelang hartnäckig auf Einhaltung der mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge. Russland war zunächst geneigt, die iranische Position zu unterstützen, änderte jedoch vor etwa zwei Jahren die Haltung, sei es, weil es vor der eigenen Küste Ölquellen entdeckt hatte oder weil es einen Konflikt mit den anderen Anrainerstaaten vermeiden wollte. So schlug Moskau vor, das Gewässer wie bisher gemeinsam zu nutzen, den Meeresboden jedoch aufzuteilen. Eine solche Lösung wäre für Russland am günstigsten, weil es die größte Handels- und Kriegsflotte im Kaspischen Meer unterhält.

Das Scheitern der bisherigen Verhandlungen über eine gemeinsame Lösung vor allem aufgrund der iranischen Position führte zu bilateralen Verhandlungen zwischen den übrigen Anrainerstaaten. 1998 unterzeichnete Russland und Kasachstan ein Abkommen, das den Protest Irans herausforderte. Gegen eine Einigung zwischen Aserbaidschan und Kasachstan im vergangenen November legte Iran sogar bei den Vereinten Na-

tionen Protest ein. Einige Monate zuvor hatten bereits zwei Erkundungsschiffe der Ölgesellschaft BP, die im Auftrag Aserbaidschans ein vom Iran beanspruchtes Ölfeld untersuchen wollten, fast zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten geführt.

Würde man das Meer entsprechend der Länge der Küstenlinie zwischen den beteiligten Staaten aufteilen, bekäme Iran lediglich einen Anteil von 12%. Damit will sich die Islamische Republik unter keinen Umständen zufrieden geben. Zwar hat die iranische Regierung inzwischen den eigenen Anspruch reduziert und verlangt nun eine Aufteilung zu gleichen Teilen. Aber selbst gegen diesen Kompromiss meldeten sich im Inland heftige Proteste. Im iranischen Parlament richteten einige Abgeordnete eine entsprechende Anfrage an den Außenminister. Einer der Unterzeichner der Anfrage, Mussavi Khoini, erklärte im Parlament: „Nach den Verträgen von 1920 und 1940 zwischen Iran und der Sowjetunion wird das Kaspische Meer gemeinsam benutzt. Nun soll Iran den Preis für den Zerfall der Sowjetunion bezahlen! Es scheint, dass hinter diesen Vorgängen die USA stecken. Diejenigen, die heute politische Abmachungen von dieser Tragweite treffen, müssen sich vor künftigen Generationen verantworten.“ Khoini bezeichnete die Haltung Irans bei den Verhandlungen als äußerst schwach. Er forderte die Regierung auf, alle Karten offen zu legen. Ohnehin sei für Verträge, die das nationale Territorium betreffen, nicht die Regierung, sondern das Parlament zuständig.

Der Verein Islamischer Studenten an der Teheraner Universität Amirkabir warnte die Regierung vor Zusagen, die das nationale Territorium beeinträchtigen. Niemand sei befugt, auch nur einen Zoll des Landes zu verschenken. Jeder, der einen solchen Vertrag unterzeichne, werde als Verräter eingestuft und habe entsprechende Konsequenzen zu tragen.

Am 23. und 24. April fand ein zuvor dreimal vertagtes Gipfeltreffen der Anrainerstaaten in der turkmenischen Hauptstadt Aschabad statt, das wie erwartet zu keinem Ergebnis führte. Die Differenzen schienen so groß, dass die Teilnehmer, darunter die Präsidenten

Chatami und Putin, sich nicht einmal über eine gemeinsame Erklärung einigen konnten. Ein nächstes Treffen ist für kommendes Jahr vorgesehen. Aus iranischer Sicht ist das Scheitern des Gipfels positiv, denn solange kein neues Abkommen unterzeichnet wird, bleibt das alte in Kraft. Ohnehin ist es höchst fraglich, ob zwischen den beteiligten Staaten tatsächlich Einigung erzielt werden kann. Denn die Konflikte sind in erster Linie nicht juristisch, und aus iranischer Sicht auch nicht ökonomisch begründet. Wie auch immer die Aufteilung erfolgen würde, Iran könnte aus „seinem Anteil“ des Kaspischen Meeres wirtschaftlich wenig Nutzen ziehen: Einerseits liegen die Rohstoffvorkommen im nördlichen Teil des Meeres und andererseits kann die Islamische Republik nicht einmal die notwendigen Investitionen aufbringen, um die vorhandenen Kapazitäten am Persischen Golf auszuschöpfen. Da am Kaspischen Meer der Meeresboden auf iranischer Seite sehr tief liegt, wäre der Versuch, hier Quellen zu erschließen, mit unerschwinglichem finanziellem Aufwand verbunden. Die Konflikte am Kaspischen Meer sind vorwiegend politischer Natur und für Iran kaum lösbar.

In den letzten zehn Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion gelang es den USA, in Mittelasien sowohl wirtschaftlich als auch militärisch Fuß zu fassen. Je größer aber der Einfluss der USA, desto größer die Isolation Irans, es sei denn, das Land würde seine Unabhängigkeit aufgeben und sich amerikanischen Interessen unterordnen. Nach dem 11. September hat sich die Gefahr für Iran, aus dem Spiel ausgeschlossen zu werden, erheblich verstärkt. Das Land sieht sich militärisch von den USA umringt: niemand erwartet in absehbarer Zeit einen Rückzug der USA aus Afghanistan. Und in den mittelasiatischen Staaten sind die USA wirtschaftlich bereits seit Jahren präsent, nach dem 11. September auch offen militärisch. Aserbaidshan und Kasachstan gelten als engste Verbündete der USA.

Mit Ausnahme des Irak sind die USA in allen Nachbarstaaten Irans wirtschaftlich und militärisch präsent, in Afghanistan und Pakistan, am Kaspischen Meer, im Nato-Land Türkei, in Saudi-Arabien, Kuwait, Oman und in den Gewässern des Persischen Golfs, des

Golfs von Oman und des Arabischen Meeres.

Bei einem Krieg der USA gegen Irak würde sich der Kreis vollständig schließen. Es ist daher nicht erstaunlich, wenn die Herrscher in Iran ihre Lage als äußerst ernst betrachten und genau wissen, was gemeint ist, wenn der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld sagt: „Die Zeit einer grundsätzlichen Entscheidung ist für Iran gekommen.“

Kann die Islamische Republik in dieser Lage auf Verbündete in der Region hoffen? Partiiell ja, strategisch und langfristig wohl kaum. Russland fühlt sich zwar ebenfalls von der militärischen Präsenz der USA bedroht, versucht jedoch, sich mit den USA zu arrangieren und eng mit der NATO zusammen zu arbeiten. Indien und China sind zwar an wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran interessiert, aber die Beziehungen zu den USA sind auch in diesen beiden Ländern von erheblich größerer Bedeutung.

Iran müsste sich auf die eigene Kraft stützen und bilaterale Bündnisse schließen, mit den arabischen Staaten, mit Russland, Indien und China, auch mit der Europäischen Union. Und es müsste versuchen, seine Beziehungen zu den USA zu normalisieren. Ob das gelingt, hängt von der politischen Lage des Landes ab und davon, dass es gelingt, das herrschende System soweit zu reformieren, dass die Bevölkerung hinter der Regierung steht, sich mit ihrem Land identifiziert. Ob die Islamische Republik in der gegenwärtigen inneren Machtkonstellation dazu fähig ist, scheint mehr als fraglich.